

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 14

Artikel: Die Sowjetunion und das europäische Sicherheitsproblem 2. Auf dem Wege zur Anerkennung der sowjetischen Hegemonie?
Autor: Wolfensberger, Erna
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095560>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Sowjetunion und das europäische Sicherheitsproblem ②

Auf dem Wege zur Anerkennung der sowjetischen Hegemonie?

Von Erna Wolfensperger

Was immer die konkreten sowjetischen Vorschläge zur europäischen Sicherheitsfrage waren, sie betrafen praktisch jederzeit die Voraussetzungen zu einer unanfechtbaren sowjetischen Hegemonie im Kontinent. Der Weg der letzten Jahre zeigt, dass dies nicht nur «noch» der Fall ist, sondern heute erst recht. Wenn die Konfrontation dennoch geringer geworden ist, dann deshalb, weil man in Westeuropa zusehends geneigter wurde, sich mit der Vorherrschaft Moskaus abzufinden, auch wenn man das nicht so formuliert. Der Wunsch, sich möglichst zu arrangieren, wird dadurch noch gefördert, dass das vermeintlich dauernde Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten schlagseitig geworden ist. Machtpolitisch sind die

USA fortlaufend schwächer geworden, während die sowjetische Macht noch nie stärker war als heute. Der Mythos der dritten Kraft in der Dritten Welt ist ausgeträumt. Das Erbe des Westens im Dekolonisationssystem hat die Sowjetunion angetreten. Das ist der globale Kontext für Europa. In unserer Untersuchung wird die Entwicklung der sowjetischen Sicherheitskonzeption verfolgt. Die fortlaufenden Konferenzen in den fünfziger Jahren zeigten die faktische Grenze ihrer Realisierbarkeit. Unterdessen hat sich bei ähnlichen Forderungen die Ausgangslage für die sowjetische Seite verbessert. Hier wird der weitere Gang der sowjetischen Initiativen nach Stalins Tod dargestellt.

Die UdSSR wünschte Beitritt zur NATO

Nach dem Scheitern der Berliner Konferenz wurde der sowjetische Vorschlag durch das Angebot ergänzt, dem Nordatlantikpakt beizutreten (!) (Note vom 31. März 1954). Dadurch würde die Einheit der Anti-Hitler-Koalition wiederhergestellt und der Pakt würde seinen aggressiven Charakter verlieren. Die Westmächte bezeichneten eine Diskussion dieses irrealen Vorschlages als vollkommen überflüssig und forderten von der UdSSR statt dessen einen «greifbaren Beweis für gute Absichten». Ebenso blieb die sowjetische Einladung zu einer europäischen Sicherheitskonferenz nach Moskau von westlicher Seite unbeantwortet, an der dann nur die Ostblockstaaten teilnahmen. Deren Schlusskommunique (2. Dezember 1954) sah im kurz zuvor erfolgten Beitritt der BRD zur NATO eine neue Kriegsgefahr, die die friedliebenden Staaten zwingt, ihre Sicherheit durch eine eigene Organisation zu gewährleisten. Damit fiel der erste deutliche Hinweis auf die bevorstehende Ergänzung des bilateralen Paktsystems durch das multilaterale des Warschauer Paktes.

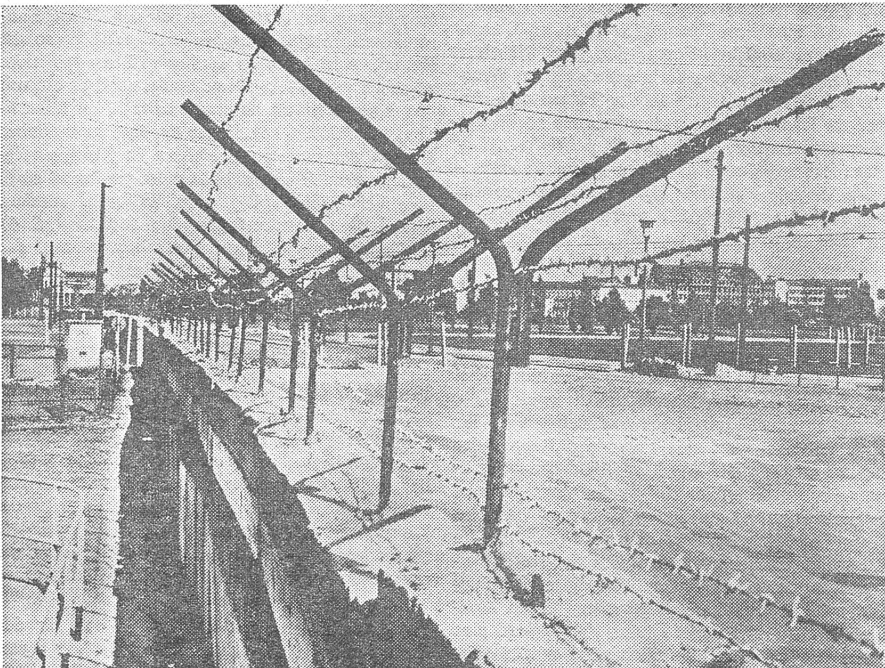
Auf der damit erreichten Grundlage eines labilen Gleichgewichtes waren nun Verhandlungen möglich, wie sie denn auch auf der Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955 geführt wurden. So schlug Bulganin bereits in seiner Eröffnungsrede den Abschluss eines Sicherheitsvertrages vor, an dem die USA beteiligt sein könnten. In der ersten Phase würden NATO und Warschauer Pakt unangetastet bleiben, die beteiligten Staaten aber einen Gewaltverzicht bei der Regelung internationaler Fragen leisten und ihre Besatzungstruppen in den beiden deutschen Staaten reduzieren. In der zweiten Phase würden die vollen Vertragsverpflichtungen übernommen und NATO und Warschauer Pakt durch das europäische Sicherheitssystem ersetzt. Die Lösung des deutschen Problems sollte durch Aufnahme der zwei getrennten deutschen Staaten ins Sicherheitssystem erfolgen, und erst dann ergebe sich die endgültige Lösung in Übereinstimmung mit den «nationalen Interessen Deutschlands und den Interessen Europas». Die Westmächte beharrten aber nach wie vor auf einer Wiedervereinigung als Voraussetzung für ein europäisches Sicherheits-

arrangement, so dass eine Einigung wieder nicht zustande kam. Die Übereinstimmung beschränkte sich auf die Richtlinien für die geplante Aussenministerkonferenz im Oktober/November 1955 ebenfalls in Genf, die den engen Zusammenhang von Wiedervereinigung und europäischer Sicherheit nochmals betonten. Dass die deutsche Frage aber Grenze der sowjetischen Entspannungspolitik ist, erklärte Chruschtschew auf der Rückreise von Genf in Ost-Berlin, eine Haltung, die seither eine Konstante der sowjetischen Aussenpolitik geblieben ist.

Auf der Genfer Aussenministerkonferenz wich Molotow denn auch in Konsequenz dazu von den Richtlinien der Gipfelkonferenz ab, indem er Wiedervereinigung und europäische Sicherheit getrennt behandelte und letztere zur alleinigen Diskussionsgrundlage machte. Die Anerkennung der «Realität zweier deutscher Staaten» musste nach seiner Auffassung Basis aller Sicherheitskonzeptionen sein. Die Westmächte lehnten diese Forderung jedoch entschieden ab. Deutlich kam hier zum Ausdruck, dass die deutsche Frage für die UdSSR de facto geregelt ist und eine militärische Entspannung (etwa durch Abrüstung) mit den Westmächten vom territorialen und politischen Status quo ausgehen muss.

Abrüstungsvorschläge und Rapacki-Plan

Da sich eine umfassende Lösung des Sicherheitsproblems auf den grossen Konferenzen der fünfziger Jahre als nicht realisierbar erwiesen hatte, setzte die UdSSR ihre Anstrengungen im Rahmen der UNO-Abrüstungsgespräche fort mit dem Ziel eines Disengagements in Mitteleuropa. Ausgehend von der Unmöglichkeit einer sofortigen und totalen Abrüstung konzentrierte man sich auf die Pläne für eine regionale Verdünnung, wie sie auf der Genfer Gipfelkonferenz zum erstenmal diskutiert worden sind. Doch auch hier zeigte sich, wie eng europäische Sicherheit, Wiedervereinigung und Abrüstung miteinander verbunden sind. Der in diesem Zusammenhang am 2. Oktober 1957 vorgeschlagene Rapacki-Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ist ein neuer (von Polen lancierter) Vorschlag zur Lösung des europäischen Sicherheitsproblems auf der Grundlage des Status quo und ist u. a. eine östliche Reaktion auf die Schaffung der Bundeswehr. Der daran anschliessende sowjetische Vorschlag eines zweiseitigen Truppenrückzugs zielt offen auf ein Ende der amerikanischen Präsenz in Europa ab und übergeht bewusst die Frage der Gleichwertigkeit. Die Westmächte lehnen dies als einseitige Gefährdung ih-



Teilung Deutschlands: Voraussetzung oder Hindernis für ein europäisches Sicherheitssystem?

rer Sicherheit ab und fordern einen parallelen Rückzug der UdSSR in politischer Hinsicht aus Osteuropa und eine allgemeine west-östliche Abrüstungsvereinbarung mit lückenloser Kontrolle als Grundlage für ein Disengagement.

Auf diese neuerliche westliche Ablehnung reagierten die kommunistischen Staaten mit der Deklaration des Beratenden Politischen Ausschusses des Warschauer Paktes vom 24. Mai 1958. Da die Westmächte gegen die Auflösung der zwei Militärböcke und ein wirksames Sicherheitssystem waren, wurde als Präventivmassnahme ein *Nichtangriffspakt* zwischen diesen vorgeschlagen, um militärische Konflikte zu verhindern.

Deutlich schloss die UdSSR die Folge von Vorschlägen zur europäischen Sicherheit ab, indem sie am 15. Juli 1958 einen *«Entwurf eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit der europäischen Staaten»* allen Regierungen Europas und den USA vorlegte. Darin wurden alle bisherigen Vorschläge noch einmal programmatisch zusammengefasst. Die Westmächte blieben aber wiederum bei ihrem Standpunkt, alle Sicherheitsvereinbarungen und Abrüstungsgespräche seien abhängig von einer vorherigen Einigung über die deutsche Wiedervereinigung. So hat sich in der jahrelangen Diskussion ein Kompromiss zwischen Ost und West als völlig ausgeschlossen erwiesen. Dass diese Gesprächsphase endgültig beendet war und sich die UdSSR bereits im *Uebergang zu einer neuen Offensivpolitik* befand, zeigte dann das *Berliner Ultimatum* vom 27. November 1958 und der im Januar vorgeschlagene Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten.

Sowjetische Vorschläge in der Entspannungsphase

Neue Chancen für die Diskussion des europäischen Sicherheitsproblems eröffneten sich erst nach der sowjetischen Niederlage in der Kubakrise und der danach eingeleiteten sowjetischen Wendung zur Entspannungspolitik. Mit einer Annäherung an die USA, aber ohne Konzessionen in der deutschen Frage, sollte als Preis für die Anerkennung des Status quo in Europa der «grosse Friede» präsentiert werden. Erhöhte Aktivität erhielt die sowjetische Politik durch die Sonderpolitik General de Gaulles gegenüber NATO und atlantischer Allianz.

Die «Prawda» vom 29. März 1965 hielt die Zeit reif für «sachliche, schöpferische» Diskussionen auch in bezug auf Sicherheitsprobleme und wies dabei ganz besonders auf de Gaulles Europa vom Atlantik bis zum Ural als konstruktiven Plan der Gegenseite hin.

Die *Bukarester Konferenz im Juli 1966* wurde darauf zum bisherigen Höhepunkt der sowjetischen Politik in der Förderung der Uneinigkeit des Westens. Diese setzte bewusst bei der NATO-Krise und der Sonderpolitik Frankreichs an. Wiederum wurde die Auflösung der Militärböcke gefordert, die durch ein europäisches Sicherheitssystem ersetzt werden sollten. Die BRD wurde als grösste Gefahr für den Frieden in Europa bezeichnet und sollte keinen Zugang zu Nuklearwaffen erhalten. Alle Pläne zur Lösung der deutschen Frage hätten von der Existenz zweier deutscher Staaten auszugehen. Schliesslich sollte eine europäische Friedenskonferenz über ein europäisches Sicherheitssystem einberu-

fen werden. Wie bei ihren frühern Vorschlägen, so versuchte die UdSSR auch hier, durch einen Appell an den europäischen Gedanken die USA aus Europa herauszudrängen und auf der Basis des Status quo ihren Machtbereich zu konsolidieren. Insbesondere versuchte die UdSSR aber, *in Europa wieder die Initiative in die Hand zu nehmen*, da die NATO in einer offenen Krise war und 1969 vielleicht aufgelöst würde, so dass sehr wohl ein Einfluss auf deren Umstrukturierung ausgeübt werden konnte.

Reaktion auf «neue Ostpolitik» Bonns: Verschärfung

Die 1967 eingeleitete *neue Ostpolitik der BRD* und ihre offenere Haltung gegenüber einem europäischen Sicherheitssystem verursacht eine gewisse *Unsicherheit in der sowjetischen Deutschlandpolitik*. Die sowjetische Reaktion auf die flexiblere Haltung der BRD gegenüber der DDR und ihr Interesse an der Herstellung besserer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten lässt an Feindseligkeit nichts zu wünschen übrig. Die Vorstellung einer «revanchistischen» BRD, mit der die Präsenz der UdSSR in Osteuropa und die deutsche Teilung gerechtfertigt werden, kommt dadurch ins Wanken. Die UdSSR spricht von der Möglichkeit, die BRD könnte durch einen Alleingang nach Osteuropa die USA in ein «Europa-Abenteuer» hineinmanövrieren, das auf Kosten einer amerikanisch-sowjetischen Verständigung gehen müsste. Daher lanciert sie in ihrer Erklärung vom 8. Dezember 1967 eine neue *Interpretation des europäischen Sicherheitssystems im Sinne einer Wiederbelebung von Potsdam*, d. h. die BRD soll unter amerikanischer (die DDR unter russischer) Kontrolle gehalten werden. Das Sicherheitssystem richtet sich also in diesem Falle betont gegen die BRD, was eine Verhärtung der sowjetischen Haltung als Reaktion auf die flexiblere Ostpolitik der BRD bedeutet. Angesichts der schnellen positiven Ergebnisse der Ostpolitik der BRD (diplomatische Beziehungen zu Rumänien, Kontakte zur CSSR) scheint der UdSSR also ein Zusammenhalt des Ostblocks wichtiger zu sein als die Zersetzung der NATO, womit sie aber auch die Präsenz der USA in Europa hin- nimmt.

Sieben Monate nach dem Einmarsch der fünf Staaten des Warschauer Paktes in der CSSR findet die *Budapester Gipfelkonferenz im März 1969* statt. Auch hier wird wieder der Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz forciert. Sicher beabsichtigt die UdSSR vor allem, ihr *eigenes Bündnissystem* nach den Erfahrungen mit der CSSR *wieder fester zu strukturieren*. Die Hauptvorstellungen sind die gleichen geblieben. Das Sicherheitssystem, das NATO und Warschauer Pakt ersetzen soll, wird nicht einmal mehr in Umrissen klar. Wahrscheinlich ist dies ein Ausdruck für die mangelnde sowjetische Bereitschaft, den Warschauer Pakt überhaupt zur Disposition zu stellen, da er sich im Falle der CSSR als einzig wirksames Disziplinierungsinstrument erwiesen hat. Ein Indiz dafür könnte auch die begonnene Umgestaltung der militärischen Organisation des Warschauer Paktes sein, die in den vergangenen Monaten durch Gespräche zwischen Regierungen und Oberkommandos eingeleitet worden ist. Die Idee eines Disengagements (Auseinanderrückens der Blöcke) zum Abbau einer unmittelbaren Konfrontation hat seit dem 21. August 1968 wohl entschieden an Glaub-

würdigkeit verloren. Ausserdem gibt es kaum Anzeichen dafür, dass sich das Gewicht der Militärs in der UdSSR vermindern könnte. Die ganze Entwicklung deutet im Gegenteil auf eine Remilitarisierung hin.

Die Hypothek der Invasion der CSSR ist zweifellos zu gross und die Doktrin der beschränkten Souveränität lastet zu schwer auf Osteuropa, *als dass ein sowjetischer Vorschlag für eine europäische Sicherheitskonferenz ernsthaft in Betracht gezogen werden könnte.*

*

Da bis heute kein europäisches Militärpotential ein Gegengewicht zum sowjetischen schaffen kann und die USA diese Aufgabe nur in der Form einer atlantischen Allianz erfüllen können, bleibt daher die Lösung des europäischen Sicherheitsproblems durch Europa selber eine Illusion. *Für Westeuropa und die siebziger Jahre gilt es daher:*

- eine dauerhafte und glaubwürdige Lösung zur Deutschlandfrage und zur europäischen Sicherheit zu entwickeln, an der die beiden Weltmächte verantwortlich beteiligt sind,
- ein ausgeglichenes Verhältnis zu diesen zu finden, indem vor allem neue Formen der Zusammenarbeit mit den USA entwickelt werden,
- jene Bündnisform zu finden, die Europa im Zusammengehen mit den USA eine Verbesserung der Beziehungen zu Osteuropa erlaubt, aber die UdSSR gleichzeitig von der westlichen Abwehrbereitschaft überzeugt und
- für sich selber Formen der Zusammenarbeit zu finden, die seinem Gewicht in der Welt entsprechen und es befähigen, ein zweiter Pfeiler der atlantischen Allianz zu werden. ■

Budapest war nicht gefragt worden

Die ungarische Regierung hatte bis zum vollendeten *Fait accompli* keine Kenntnis davon, dass die ungarische Volksarmee am 21. August 1968 an der Besetzung der CSSR mitwirkte. Die Teilnahme von ungarischen Truppen erfuhr die Regierung in Budapest am Morgen des 22. August aus dem Radio.

Diese Darstellung steht in einem soeben erschienenen Buch, das sich auf Angaben aus der kommunistischen Partei Schwedens beruft. Das Werk wurde von Nils Lালের, einem linksstehenden Publizisten aus Stockholm, verfasst und trägt den Titel *«Sozialismus mit menschlichem Gesicht»*. Es stützt sich auf Informationen der schwedischen KP, die einen Bevollmächtigten nach der CSSR entsandt hatte. Ungarn hatte nach dieser Darstellung eine Teilnahme an der Besetzungsaktion verweigert, worauf das Oberkommando der Warschauer-Pakt-Kräfte ohne Bewilligung Budapests den betreffenden ungarischen Einheiten direkt den Befehl zum Einmarsch erteilte.

Im weiteren wird im Werk ausgeführt, dass Dubcek und einige seiner Mitarbeiter hingerichtet hätten werden sollen. Ein ausserordentliches Gericht habe bereits die Todesurteile vorbereitet, doch sei dieser Plan am mutigen Auftreten von Präsident Svoboda gescheitert.

(Nach «Uj Kelet», Tel Aviv)

Das neue  Buch

Ungarn 1848 und 1956

Das neueste Buch* in der TM-Reihe des Schweizerischen Ost-Instituts ist das mit grosser Sorgfalt geschriebene, gut dokumentierte Werk von Elemér Hantos. Der Verfasser weist einleitend auf das schwere Schicksal des Magyarentums zwischen Westen und Osten hin, welches «auf der Landstrasse der Völker» den westlichen Anstürmen gegen Osten und hauptsächlich den östlichen gegen den Westen standhalten musste. Während eines ganzen Jahrhunderts, im 10. Jahrhundert, waren die Magyaren das «sagellum dei» (Gottes Geissel); in grausamen Feldzügen gegen den Westen raubten sie die auf einem höheren Kulturniveau stehenden und reichen westlichen Völker aus (Basel 911, St. Gallen 926 usw.). Vom 11. Jahrhundert an wurde jedoch diese Rolle durch jene der «defensor fidei christianae» (Verteidiger des christlichen Glaubens) ersetzt, da das Magyarentum von der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts an bis Ende des 17. Jahrhunderts ständige Kriege gegen die nach dem Westen drängenden östlichen Heidenvölker auf sich nehmen musste.

Die Freiheitskriege, die ständigen Kämpfe für die blosse Existenz gehören also zur Charakteristik der ungarischen Geschichte. Von den zahlreichen Freiheitskämpfen scheinen jedoch die

vom Verfasser erörterten Kämpfe von 1848/49 und 1956 diejenigen zu sein, welche die Weltöffentlichkeit am weitgehendsten beschäftigten. Auch in ungarischer Sicht sind diese Kämpfe die repräsentativsten, da beide das gesamte Volk gegen die fremde Macht zusammenschlossen. 1848 waren es die Adelligen, welche auf ihre Privilegien freiwillig verzichteten, 1956 hingegen die Kommunisten; die Revolution von 1848 fetzte das alte feudale Staats- und Gesellschaftssystem weg, die kurze Oktoberrevolution von 1956 liquidierte hingegen in einigen Stunden das unmenschliche Regime der letzten Jahrhunderte, die Schreckensherrschaft von Rakosi-Gerö. Beiden Revolutionen folgten Freiheitskämpfe, da die fremde Macht ihre Positionen in Ungarn zu verlieren glaubte. Beiden Freiheitskämpfen folgten Repressalien, Verfolgungen, jenem von 1956 sogar ein grausames, vorher niemals gesehenes Blutbad.

Bis dahin hat niemand Parallele zwischen beiden Freiheitskämpfen und zwischen den führenden Figuren dieser Kämpfe gezogen, obwohl sie sich direkt aufdrängen. Elemér Hantos leistet dieser schweren, aber interessanten und sehr lehrreichen Aufgabe Genüge, indem er die tragischen Helden beider Revolutionen und Freiheitskämpfe einander gegenüberstellt.

Am besten gelungen ist die Parallele zwischen den Ministerpräsidenten beider Freiheitskämpfe bzw. Revolutionen: Graf Ludwig von Batthyany 1848 und Imre Nagy 1956. Der eine kam von einer der schwerreichsten Magnatenfamilien der Osterreichisch-Ungarischen Monarchie, der andere aus einer Bauernfamilie Westungarns; der eine war ein gläubiger, frommer Katholik, der andere war als Kind reformiert, wurde jedoch später Atheist. Beide waren Idole der beiden Revolutionen bzw. Freiheitskämpfen vorangehenden «Periode der Reformen», einer Periode der Gärung, der Vertiefung der Gegensätze und Widersprüche in der führenden Schicht (Hochadel bzw. Adel und die Kommunistische Partei). Beide kamen von verschiedenen Richtungen und beschritten später den gleichen Weg, den Weg der Freiheit und der gesunden sozialen Reformen, und beide endeten gleich: Batthyany wurde am 6. Oktober 1849 in Pest erschossen und Imre Nagy am 16./17. Juni 1958 in Budapest gehängt. Beide Verfahren waren geheim, gesetzwidrig (Batthyany's Worte: «Ihr könnt mich morden, aber richten nicht), und nach Bekanntgabe der Urteile brach in beiden Fällen die Empörung im Westen aus, während im unterdrückten Lande nicht einmal die Glocken läuten durften.

Eine weitere, interessante Parallele wird zwischen den am 6. Oktober 1849 in Arad (jetzt gehört

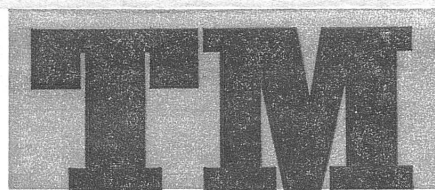
diese Stadt zu Rumänien) hingerichteten 13 Generälen des ungarischen Freiheitskampfes von 1848/49 und dem legendären Helden des Aufstandes von 1956, General Maletter, gezogen. Alle dienten ursprünglich in der Armee des «Feindes»: die 13 Generäle in der kaiserlichen Armee Oesterreichs, General Maletter hingegen in der «Volksarmee» Rakosis und Gerös. Alle hätten gegen das Volk eingesetzt werden müssen, und alle stellten sich sofort, ohne Zögern, auf die Seite des für seine Freiheit kämpfenden Volkes, und alle wurden hingerichtet (die 13 Arader z. T. erschossen, z. T. gehängt, Maletter erschossen). Alle wurden verraten und in die Falle gelockt. Die Generäle von 1848/49 legten die Waffen vor den Oesterreich zu Hilfe eilenden russischen Generälen nieder, welche sie trotz gegenteiligen Versprechens Wien auslieferten. Maletter wurde von den Sowjets zu «Verhandlungen» über den Rückzug der Sowjettruppen in das sowjetische Hauptquartier als Gast eingeladen, dort verhaftet und am 16./17. Juni 1958 in Budapest hingerichtet.

Die weitere Parallele zwischen Ludwig Kossuth und Kardinal Mindszenty scheint ein bisschen künstlich zu sein, obwohl man auch bei den Gestalten dieser beiden grossen Persönlichkeiten und hauptsächlich in ihrem Schicksal viel Ähnliches aufdecken kann. Kossuth emigrierte und kehrte trotz genereller Amnestie niemals mehr in seine Heimat zurück; Kardinal Mindszenty flüchtete in die amerikanische Botschaft von Budapest und lebt in «freiwilliger Emigration» dort seit dem 4. November 1956.

Zum Schluss weist der Verfasser darauf hin, dass der Periode der Rache im Jahre 1867 ein echter Ausgleich folgte, zwischen König und Volk, Wien und Budapest, Oesterreichern und Magyaren. Sogar in der Zeit des bachschen Neoabsolutismus gab es zahlreiche positive Züge (hauptsächlich im Zusammenhang mit der Förderung des Wirtschaftslebens in Ungarn), ohne welche die neue soziale Ordnung kaum hätte in dem Masse gefestigt werden können. Der Platz, wo Batthyany erschossen wurde, wurde Batthyany-Platz genannt, und seit einem Jahrhundert brennt dort das Ewige Licht (örökmécses), und der 15. März der Tag der Revolution, wurde zum nationalen Feiertag. Im heutigen Ungarn blieb der Ausgleich aus. Des 23. Oktober 1956 darf man öffentlich nicht gedenken, und niemand weiss, wo die Führer des Aufstandes hingerichtet und begraben wurden. Nagy, Maletter und die zahlreichen weiteren Opfer des Terrors werden heute als «opportunistische Revisionisten» öffentlich verurteilt. Vor dem Volk und der Weltöffentlichkeit haben sie aber den gleichen Respekt wie die Opfer der Revolution und des Freiheitskampfes von 1948/49 verdient.

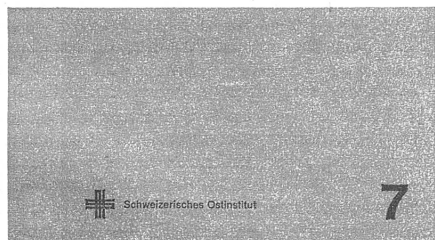
Lászlo Revesz

* Elemér Hantos: «Ungarn 1848 und 1956. Zwei Revolutionen, zwei Gegenrevolutionen, ein Ausgleich.» Verlag SOI, Reihe Tatsachen und Meinungen (TM), Nr. 7, Bern 1969, 120 Seiten. Fr. 6.80.

Tatsachen
und Meinungen

Elemér Hantos

Ungarn 1848 und 1956



Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telefon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreislste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiero (spanischer Wochendienst für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragsdienst • Buchhandlung • Verlag.